

Die EU zerstört die Bauernhöfe europaweit ...

Frankreich schliesst sich den Protesten an

von Pierre Lévy,* Frankreich

(Red. CH-S) In Europa protestieren die Landwirte gegen die zunehmenden Auflagen, Zwänge und sinkenden Einnahmen. Diese Entwicklung ist nicht zufällig. Schleichend über verschiedene EU-Auflagen, die national umgesetzt werden, wurde ihnen in den letzten Jahren die Luft abgeschnürt. Immer mehr sind in ihrer Existenz bedroht. Die Selbstmordraten liegen hoch. Es zeichnet sich überall ein ähnlich düsteres Bild ab. Gegen diese Entwicklung wehren sich die Bauern zu Recht.

Offensichtlich ist das Ziel dieses «Bauernlebens», nur noch grossen Agrarkonzernen das Überleben zu sichern. Die Multimilliardäre und globalen Finanzinvestoren tätigen gigantische Landkäufe und bauen neue Abhängigkeiten auf. Um diese internationale Entwicklung durchzusetzen, werden nationale Gesetzgebungen via EU ausgehebelt. Das ist zutiefst undemokratisch.

In Deutschland und Frankreich, aber auch in den Niederlanden, Belgien, Spanien, Polen, Rumänien und sogar im sehr EU-disziplinierten Litauen haben sich Landwirte bereits mobilisiert oder sind noch dabei, um ihre gesellschaftlich nützliche Arbeit zu verteidigen und sich zugleich die Mittel für ein würdiges eigenes Leben zurückzuerobern.

In Deutschland scheint diese Bewegung noch lange nicht abgeflaut zu sein. Sie erlebte am 15. Januar einen spektakulären Höhepunkt, als Traktoren und Demonstranten in Berlin zusammenkamen. Die französischen Bauern starteten später, aber die Wut, die sich zunächst Mitte Januar durch die Besetzung einer Autobahn im Süden des Landes gezeigt hatte, verbreitete sich innerhalb weniger Tage wie ein Lauffeuer im Land. Blockierte Verkehrswege, besetzte Kreisverkehre: die jahrelang aufgestaute Verzweiflung explodierte plötzlich.

* Pierre Lévy, geboren 1958 in Paris, ist ein französischer Journalist. Er war von 1996 bis 2001 Redakteur der Tageszeitung *L'Humanité* und ehemaliger Gewerkschafter der CGT-Metallurgie. Er wurde Chefredakteur der Monatszeitschrift *Bastille-République-Nations*, die nun den Titel *Ruptures* trägt.



Bauernproteste in Deutschland. (Bild zvz)

In Frankreich: Erinnerungen an die Gelbwesten

Ein Anlass hat dieses Feuer entfacht: die Bekanntmachung von der schrittweisen Abschaffung der bisherigen Steuerbefreiung für den Kraftstoff landwirtschaftlicher Maschinen (sogenannter «Nicht für den Strassenverkehr bestimmter Diesel» roter Färbung [GNR = *gasole non routier*]). Dasselbe Problem hatte bereits die Mobilisierung der deutschen Bauern ausgelöst. Und diese angeblich «grüne» Steuermassnahme erinnert an den Funken, der Ende 2018 die *Gelbwesten*-Bewegung in Frankreich ausgelöst und die Herrschaft von *Emmanuel Macron* tiefgreifend destabilisiert hatte.

Eine weitere Gemeinsamkeit mit den Gelbwesten ist die sehr breite Unterstützung, die sich sofort unter den Franzosen zeigte, wie es auch bei den Protesten gegen die Rentenreform im Jahr 2023 der Fall war. Die Bauern, die sich für Strassensperren mobilisiert hatten, sammelten unzählige Solidaritätsbekundungen. Für Landwirte, die sich oft als ungeliebte Menschen fühlen, die beschuldigt werden, den Planeten zu verschmutzen, sind diese Unterstützungen eine wichtige Hilfe und Ermutigung.

Wenn man dann noch bedenkt, dass sich erste Übereinstimmungen mit den wütenden Fischern oder den Strassentransport-Kleinunternehmen abzeichnen, versteht man, warum der neue französische Premierminister *Gabriel Attal* bereit ist, sozusagen «Ballast» abzuwerfen – in der Hoffnung, einen möglicherweise ausser Kontrolle geratenen Brand zu löschen.

Am 26. Januar begab sich Attal also vor Ort – auf einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Toulouse – und kündigte ein Bündel von Massnahmen an: die Lockerung bestimmter ökologischer Standards, die Lockerung der Kontrollen, einen Notfallfonds und vor allem die Rücknahme der geplanten Steuererhöhung auf den in der Landwirtschaft unverzichtbaren Dieselmotortreibstoff GNR. Es ist aber nicht sicher, ob dies alles ausreicht, um die aufgebrachten Landwirte zu beruhigen.

Politische Rahmenbedingungen und Umweltauflagen der EU

Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen EU-Ländern unterschiedlich sind, gibt es viele Parallelen zu den dramatischen Schwierigkeiten, mit denen der ländliche Raum überall konfrontiert ist. Die vielen kleinen und mittleren Landwirte sind zunehmend gefangen zwischen sinkenden Realeinkommen (insbesondere durch den Druck der Lebensmittelindustrie und der grossen Handelsketten als zunehmend monopolisierte Abnehmer) und steigenden Kosten: Steuern, aber auch die Preise für Düngemittel sowie die Energiekosten (als Folge der von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen) und die immer teureren Bankkredite (insbesondere im Zusammenhang mit den Zinsentscheidungen der *Europäischen Zentralbank*).

Wenn man dann noch die von der EU-Kommission in Brüssel verordneten Umweltauflagen (und den daraus resultierenden ausufernden Verwaltungsaufwand) hinzunimmt, versteht man die Verzweiflung, die sich überall breitmacht. Viele Landwirte, die häufig siebzig bis achtzig Arbeitsstunden pro Woche bewältigen, um ein unter dem Mindestlohn liegendes monatliches Einkommen zu erzielen, oder sogar das Jahr mit höheren Ausgaben als Einnahmen abschliessen, zweifeln dann an der Zukunft ihrer Tätigkeit. Ein Bauer in Zentralfrankreich hat kürzlich auf seinem Traktor folgendes Schild angebracht: «Ich bin Viehzüchter, ich ernähre euch, ich sterbe.»

Angesichts der aufkommenden Bewegungen ähneln sich die Reaktionen der verschiedenen nationalen Regierungen. Erstens heisst es: «Landwirte, wir lieben Euch.» Zweitens: «Die EU trägt keinerlei Verantwortung.» Drittens: «Vorsicht, Sie spielen der extremen Rechten in die Hände.»

Der erste Punkt ist nur das implizite Eingeständnis der Machtverhältnisse... Der dritte Punkt spiegelt die Tatsache wider, dass die sogenannten «populistischen» Parteien lange Zeit die einzigen waren, die einen (zweifelloso nicht unbe-



Bauernproteste in Frankreich. (Bild zvg)

dingt aufrichtigen) Diskurs führten, der die Öffnung der Grenzen und das quasi-religiöse Dogma bezüglich Klima oder Umwelt infrage stellte.

Doch gerade der zweite Punkt ist die auffälligste Lüge. Die Europäische Union mit ihrer Kommission an den Hebeln der Macht trägt nämlich eine überwältigende Verantwortung für die aktuelle Situation. Und zwar mit insbesondere zwei Schlüsselpunkten: dem «Freihandel» und der «ökologischen Besessenheit».

Zum Freihandel

Der Freihandel im Bereich des Welthandels ist Teil der DNA der Europäischen Union. In den 1960er und 1970er Jahren hatten zwar die sechs Gründungsmitglieder beteuert, dass sie die Unabhängigkeit von Nahrungsmitteln sicherstellen wollten, und richteten zu diesem Zweck eine Schutzzone für die Landwirtschaft ein, die durch Zölle gegenüber dem Rest der Welt und Ausgleichssubventionen geschützt wurde.

Doch bereits in den 1990er und 2000er Jahren öffnete sich die EU dem starken Druck der Globalisierungskräfte. Im Laufe der Zeit hat die EU-Kommission – die das Monopol auf internationale Handelsverhandlungen hat –, Freihandelsabkommen abgeschlossen, unter anderem mit Mexiko, Chile, Kanada und Japan, und ein Abkommen mit Neuseeland wird dieses Jahr in Kraft treten.

Vor einigen Tagen hat die Kommission in Brüssel angekündigt (der Zeitpunkt könnte nicht schlimmer sein und er löste in einigen Hauptstädten, vor allem in Paris, Zähneknirschen aus), dass die Verhandlungen über ein Abkommen mit dem «Mercosur» (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) sehr bald abgeschlossen werden könnten, obwohl man dachte, sie seien im Sand verlaufen. Das wird sicherlich die europäischen Viehzüchter sehr treffen!

Aber auch der Handel innerhalb des EU-Binnenmarktes ist nicht neutral. Denn die von Land

zu Land unterschiedlichen Kosten (insbesondere der Preis für die Arbeitsleistungen) führen zu einem unlauteren Wettbewerb. Dies wollten die französischen Obst- und Gemüsebauern zum Ausdruck bringen, indem sie Lastwagen mit Waren, die beispielsweise aus spanischen Industriegewächshäusern kamen, stoppten und an den Strassensperren entleerten.

Ein Sonderfall sind Exporte aus der Ukraine, wie Getreide, aber auch Fleisch und Obst. In einer politischen Geste zur Unterstützung Kiews hob man in Brüssel 2022 die Quoten und Zolltarife für Produkte aus diesem Nicht-EU-Land auf, obwohl es weit davon entfernt ist, die Normen und Regeln der EU überhaupt einhalten zu können. Vor einigen Monaten warnten die französischen Geflügelproduzenten vor einer massiven Flut von ukrainischen Hühnern (127 Prozent Steigerung innerhalb eines Jahres), die unter Bedingungen aufgezogen wurden, die in den 27 EU-Mitgliedstaaten strikt verboten sind. Die französischen Erzeuger, aber auch die Verbraucher leiden darunter.

Am härtesten traf es jedoch die Bauern in Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei: Die in Brüssel beschlossenen Bestimmungen sahen «Solidaritäts-Korridore» durch die östlichen EU-Länder vor, die den Transport von ukrainischem Getreide zu weltweiten Abnehmern erleichtern sollten. Die unmittelbare Folge wäre ein Zusammenbrechen der Preise auf deren Heimatmärkten und der Ruin der polnischen oder rumänischen Erzeuger.

Die Aufregung war so gross, dass man in Brüssel diese Erleichterungen vorübergehend aussetzen musste. Nun werden sie aber doch wieder eingeführt, sehr zum Missfallen von Warschau und Bukarest. Von da an mobilisierten sich die Landwirte in Massen. Die neue polnische Regierung, die nach den Wahlen im November 2023 eingesetzt (und eigentlich als sehr EU-freundlich gefeiert wurde), hat angekündigt, dass sie auf diesem Gebiet die Politik ihrer «europafeindlichen» Vorgängerregierung fortsetzen werde: Sie wird nationale Zolltarife beibehalten und damit sehen den Augen gegen das EU-Recht verstossen.

Zur ökologischen Besessenheit

Die zweite Komponente, die dazu beiträgt, dass die europäische Landwirtschaft dem Untergang geweiht ist, ist die angeblich «ökologische» Besessenheit, für die sich die EU-Granden als eifrigste Kämpfer ausgeben. Ein Beispiel: Es war «im Namen der Umwelt», dass die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten aufforderte, die



Bauernproteste in Spanien. (Bild zvg)

Besteuerung von Agrarkraftstoffen auf das gleiche Niveau wie diejenige von normalem Dieseldieselfuelstoff anzuheben (Vorschlag für eine Richtlinie vom 14. Juli 2021).

Dies passierte mit der Begründung, dass die EU bei der Umsetzung des *Pariser Klimaabkommens* als Beispiel vorausgehen sollte. Und so umfasst der sogenannte «Green Deal», der 2021 vom EU-Rat und vom Europaparlament angenommen wurde, nicht weniger als siebenzig Verordnungen in verschiedenen Bereichen (Verbot von Verbrennungsmotoren, Kohlenstoffmarkt usw.), von denen fünfzig bereits verabschiedet wurden. Er umfasst auch einen landwirtschaftlichen Teil, der als «Farm to Fork» («Vom Hof auf den Tisch») bezeichnet wird und dessen Aussicht die ländliche Welt in höchstem Masse beunruhigt.

Dies kommt zu der bereits umgesetzten Reform der *Gemeinsamen Agrarpolitik* hinzu, die immer mehr Umweltauflagen vorsieht. Zu nennen ist auch der kürzlich verabschiedete Text mit dem Titel «Wiederherstellung der Natur», ebenso die Beschränkungen für Pflanzenschutzmittel und die Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Feuchtgebieten, Brachflächen und Hecken.

Die Bauern des 21. Jahrhunderts sind stolz auf das, was sie tun, nämlich die Bevölkerung zu ernähren. Aber sie stellen fest, dass die EU-Technokraten in Brüssel, indem sie ihnen vorschreiben, wie sie das tun sollen, sie in Wirklichkeit in «Landschaftsgärtner» verwandeln wollen – zur grossen Freude der Agrar- und Lebensmittelkonzerne übrigens, die den Welthandel vollends beherrschen wollen...

Anfang Januar verkündete ein rumänischer Landwirt auf dem Weg zur Bukarest-Blockade: «Bauernbrüder, vereinigt euch».

Quelle: <https://freeassange.rtdc.live/meinung/194327-gespenst-geht-um-in-europa/>, 29. Januar 2024